

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

27. Jahrgang

Berlin, den 9. Dezember 1960

Nummer 50

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz durch „Ziehungsrechte“ für Entwicklungsländer

Die Besprechungen zwischen den Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik über die Frage, wie die Bundesrepublik zur Milderung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits am wirksamsten beitragen kann, haben nur zu einem Teilergebnis geführt. Die Verhandlungspause gibt den Beteiligten Gelegenheit zu überprüfen, wie die Wünsche beider Länder möglichst weitgehend Berücksichtigung finden können.

Zur gegenwärtigen Situation

Die laufenden Posten in der deutschen Zahlungsbilanz¹⁾ schlossen 1959 mit einem Aktivsaldo in Höhe von 4,5 Mrd. DM ab, ein ähnlich großer Überschuß dürfte auch 1960 erzielt werden. In diesem Saldo sind die Devisenerlöse aus Leistungen an ausländische militärische Dienststellen enthalten; sie beziffern sich gegenwärtig auf rund 4 Mrd. DM. Davon entfallen auf die Vereinigten Staaten rund 3 Mrd. DM, die restliche Milliarde setzt sich aus Beträgen zusammen, die von westeuropäischen Ländern, vor allem Großbritannien, aufgebracht werden.

Durch die den außenwirtschaftlichen Aspekten nur wenig Rechnung tragende deutsche Geld- und Kreditpolitik wurden im Sommer und Herbst auch noch kurzfristige Auslandsgelder in großem Umfange angelockt. Damit wurde die Anreicherung der deutschen Gold- und Devisenreserven zu einem internationalen Problem erster Ordnung. Derartigen Zahlungstransaktionen kann jedoch relativ leicht durch eine außenwirtschaftskonforme Geld- und Kreditpolitik begegnet werden. Die Bundesbank hat mit der kürzlichen Diskontsenkung um 1% die ersten Schritte hierzu getan. Es wäre wünschenswert, daß weitere Maßnahmen mit dieser Zielsetzung getroffen würden. Auch auf einen Umtausch von Dollarguthaben in Gold sollte von vornherein verzichtet werden. Eine Lösung der amerikanischen und — vice versa — westdeutschen Zahlungsbilanzprobleme kann hiermit aber nicht erreicht werden.

In den Vereinigten Staaten von Amerika überstiegen in den fünfziger Jahren die Einnahmen im Waren- und Dienstleistungsverkehr die Ausgaben einschließlich der militärischen Aufwendungen — abgesehen von den Jahren 1953 und 1959 — um Beträge, die zwischen 2 und 6 Mrd. \$ jährlich schwankten. Ihre Zahlungsverpflichtungen aus militärischen und wirtschaftlichen Hilfeleistungen und die privaten und öffentlichen Kapitalexporte übertrafen — mit Ausnahme von 1957 — die Überschüsse der Leistungsbilanz, zum Teil sogar beträchtlich, so daß die amerikanische Zahlungsbilanz seit einem Jahrzehnt fast ständig mit einem Defizit abschließt, dem ein Goldabfluß bzw. eine kurzfristige

Verschuldung an das Ausland entspricht. 1959 überschritt dieses Defizit 5 Mrd. \$. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1960 ist dieser Passivsaldo — dank der Erholung der amerikanischen Exporte — auf 3,3 Mrd. \$ (Jahresbasis) reduziert worden.

Derartig hohe Defizite können auf die Dauer auch nicht von einer Wirtschaftsmacht vom Range der Vereinigten Staaten hingenommen werden, schon heute übersteigen ihre kurzfristigen Dollarverpflichtungen ihre Währungsreserven. Andererseits veranschaulichen diese Größenordnungen, daß, ganz gleich welche Verpflichtungen die Bundesrepublik übernehmen wird, ihre Leistungen nur geeignet sein können, die USA bei ihren Bemühungen um eine Zahlungsbilanzentlastung zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten sind mit Erfolg, wie die Ausfuhrziffern zeigen, um die Stärkung ihrer Ausfuhrkraft bestrebt; dies sollte ihnen um so leichter fallen, wenn sie sich dabei auf eine schnell wachsende, das Produktionspotential auslastende und dadurch hohe Produktivitätsfortschritte realisierende Wirtschaft stützen können. Erhöhte Anstrengungen auch der Vereinigten Staaten werden notwendig, weil die internationalen Aufwendungen für Entwicklungshilfe langfristig steigen werden, die Vereinigten Staaten also nicht absolut, sondern allenfalls relativ entlastet werden können.

Wenn der Waren- und Kapitalverkehr, den die westliche Welt in jahrelangen Bemühungen zu liberalisieren bestrebt war, nicht erneut behindert werden soll, so werden die Leistungen des Auslandes, und speziell der Bundesrepublik zur — relativen — Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz nicht einmaliger Natur sein können. Vielmehr müssen Quellen erschlossen werden, die kontinuierlich fließen. Darüber hinaus verlangt die gegenwärtige — allerdings teilweise psychologisch bedingte — Zuspitzung der Dollarschwäche eine schnelle Hilfe.

Die deutschen Vorschläge

Die Vertreter der deutschen Bundesrepublik präsentierten den amerikanischen Vertretern ein Bukett von Vorschlägen zur Entspannung der amerikanischen Zahlungsbilanzsituation. Sie sehen im einzelnen vor:

¹⁾ Leistungsbilanz einschl. unentgeltliche Leistungen.

1. Eine vorzeitige Rückzahlung der amerikanischen Nachkriegshilfe,
2. eine höhere DM-Zuteilung an den Internationalen Währungsfonds,
3. eine verstärkte Vergabe von militärischen Aufträgen nach den Vereinigten Staaten,
4. eine Erhöhung der deutschen Beiträge zur NATO,
5. eine deutsche Entwicklungshilfe in Höhe von 3 bis 4 Mrd. DM, und schließlich wurde
6. die Beseitigung der noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen für amerikanische Landwirtschaftsprodukte zur Diskussion gestellt.

Gegen alle diese Vorschläge sind mehr oder minder schwerwiegende Einwände vorzubringen und von den Amerikanern auch vorgebracht worden. So wäre z. B. die vorzeitige Rückzahlung bestehender Verpflichtungen (1) nicht mit der Übernahme einer zusätzlichen, die Vereinigten Staaten oder die übrigen westlichen Partnerländer auf die Dauer entlastenden Leistung verbunden, auf die es aber gerade ankommt. Demgegenüber würde die deutsche Bundesregierung mit einer höheren Einzahlung an den Internationalen Währungsfonds (2) zwar eine zusätzliche Verpflichtung auf sich nehmen; angesichts der hohen Währungsreserven dieser Institution würde eine nochmalige Aufstockung zur Zeit aber ohne Auswirkungen auf die internationale Liquidität sein. Auch scheint es fraglich, ob eine zusätzliche Vergabe militärischer Aufträge an das Ausland (3) ökonomisch und militärisch zu rechtfertigen ist. Wenn dieser Vorschlag aber nur eine Verlagerung von Aufträgen von anderen Ländern, z. B. Großbritannien, nach den Vereinigten Staaten bringen würde, so bliebe dies ohne Wirkungen auf die Devisenposition der Bundesrepublik. Da eine Verringerung des amerikanischen Anteils an den NATO-Kosten nicht nur die Frage des deutschen Anteils (4), sondern auch des Anteils der übrigen NATO-Partner, vor allem auch Großbritanniens aufwirft, so dürften Verhandlungen über eine Neuverteilung der Lasten erhebliche Zeit in Anspruch nehmen, da sich vor allem Großbritannien einer zusätzlichen Belastung seiner Zahlungsbilanz widersetzen wird.

Man braucht kein Pessimist zu sein, um vorauszusagen, daß der Plan, die noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen für amerikanische Landwirtschaftsprodukte (6) zu beseitigen, geringe Chancen auf Realisierung hat. Dabei dürfte ein deutsches Entgegenkommen nicht nur durch die hiesige Landwirtschaft, sondern auch durch die noch im Fluß befindlichen EWG-Beratungen erschwert werden.

Eine von der Bundesregierung geleistete Entwicklungshilfe (5) größeren Ausmaßes wäre in der Tat geeignet, die deutschen Partnerländer zu entlasten. Einwände gegen die unterbreiteten Vorschläge beruhen vor allem darauf, daß sie im wesentlichen einmalige Leistungen sind, nur in begrenztem Umfang eine kontinuierliche Mittelbereitstellung vorsehen und zudem kurzfristig kaum realisiert werden können. Diese Unzulänglichkeiten erklären sich aus der Tatsache, daß der Entschluß der Bundesrepublik, Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, ja noch sehr jungen Datums ist und darüber hinaus sehr stark unter binnenwirtschaftlichen Zweckmäßigkeitserwägungen konzipiert worden ist. Der Wunsch, die binnenwirtschaftliche Konjunktur zu dämpfen, spielt in all diesen Vorschlägen heute noch eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie der Gedanke, zu einer außenwirtschaftlichen Hilfe verpflichtet zu sein. Auch wenn die Entwicklungshilfe ohne jede Bindung gewährt werden sollte — wie es gegenwärtig zur Diskussion steht —,

muß damit gerechnet werden, daß die Entwicklungsländer ihre Aufträge — entsprechend den vorteilhaftesten Bedingungen — an eine Vielzahl von Ländern vergeben werden. Aus Untersuchungen der Weltbank geht eine weite internationale Auftragsstreuung bei Investitionsvorhaben hervor, die von dieser Institution finanziert worden sind. Das heißt, daß sich viele der westlichen Handelspartner einschließlich der Bundesrepublik in die zusätzliche Kaufkraft werden teilen müssen.

Eine bisher nicht diskutierte Möglichkeit: Ziehungsrechte

Eine Koppelung der von der deutschen Bundesrepublik angebotenen Entwicklungshilfe mit der von den Vereinigten Staaten ursprünglich erhobenen Forderung auf einen Zuschuß zu den Stationierungskosten ihrer Truppen zeigt einen Weg, der den Wünschen beider Länder entgegenkommen würde. Die amerikanische Forderung wurde deutscherseits mit dem Hinweis abgelehnt, daß der amerikanische Haushalt noch Spielraum aufweise, und es darum nicht vertretbar sei, daß der deutsche Steuerzahler mit diesen Kosten belastet wird. Dieser Auffassung läßt sich entgegenhalten, daß die Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten ja nicht in der Aufbringung der Stationierungskosten liegen — sie werden aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert —, sondern daß es sich um ein Transferproblem handelt. Es fehlt den Amerikanern nicht an Dollars, um für ihre Truppen in der Bundesrepublik und in West-Berlin zu sorgen, sondern an D-Mark. Es wäre denkbar, daß die Bundesrepublik teilweise auf den DM-Umtausch der im Zusammenhang mit den Leistungen an militärische ausländische Dienststellen entstehenden Forderungen unter der Voraussetzung verzichtet, daß die Vereinigten Staaten den Gegenwert (in Dollar) auf ein Sonderkonto, ein „Gegenwertkonto“ einzahlen. Aus diesem Fonds könnten dann Entwicklungsländern Kredite oder Hilfeleistungen gewährt werden. Diese Verknüpfung einer Entwicklungshilfe mit dem teilweisen Verzicht auf Bezahlung der Stationierungskosten in D-Mark hätte als Vorbild die Einrichtung der „Ziehungsrechte“, die seinerzeit im Rahmen des European Recovery Program einzelne, in den Genuß amerikanischer Hilfsleistungen gelangende Volkswirtschaften verpflichtete, ihrerseits anderen Völkern Leistungen zu gewähren. Befürchtungen, in Deutschland könnte die Übernahme von Stationierungskosten unliebsame Erinnerungen an die Besatzungszeit wecken und sei daher politisch nicht tragbar, würden durch diese Verknüpfung hinfällig. Eine solche Regelung würde dem Anliegen der Vereinigten Staaten insofern unmittelbar entsprechen, als sie zunächst einmal in voller Höhe der von Deutschland übernommenen Lasten zu einer Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz führen würde. Daß die amerikanische Regierung die auf diese Weise eingesparten Devisen für andere Zwecke im Ausland verausgaben würde, ist ebenso unwahrscheinlich, wie die Annahme, daß hierdurch das Verhalten der amerikanischen privaten Wirtschaft beeinflußt werden würde.

Die Möglichkeit, daß bei einer solchen Behandlung der USA auch die übrigen westlichen Staaten, die Truppen auf deutschem Boden unterhalten, ein ähnliches Ersuchen stellen würden, könnte — sofern sich auch diese Länder zu einer entsprechenden Einräumung von „Ziehungsrechten“ gegenüber Entwicklungsländern bereiterklären — in der Weise einkalkuliert werden, daß der Anteil der US-Stationierungskosten, für den ein Umtauschverzicht zugestanden wird, entsprechend geringer angesetzt wird. Für die Bundesrepublik hätte eine solche Regelung den Vorteil der Überschaubarkeit der auf sie zukommenden Verpflichtungen.

Die Westberliner Wirtschaft im Jahre 1960

Das zu Ende gehende Jahr 1960 war für die Wirtschaft Berlins ein sehr erfolgreicher Zeitabschnitt. Auf dem Arbeitsmarkt bestand erstmals nicht nur in einigen saisonal besonders begünstigten Monaten, sondern im Durchschnitt des ganzen Jahres Vollbeschäftigung. Im Juni, dessen Arbeitsmarktlage im allgemeinen dem Jahresdurchschnitt entspricht, betrug die Erwerbslosenquote 3 vH, sie hat sich damit gegenüber 1959 halbiert. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde fast ausschließlich von der Industrie getragen: die Nachfrage ihrer auswärtigen Abnehmer wies eine beträchtliche Steigerung auf. Die damit verbundene Erhöhung der Lieferungen von West-Berlin nach Westdeutschland und dem Ausland hat das Leistungsbilanzdefizit stark vermindert.

Vollbeschäftigte Wirtschaft

Die Erfolge der vollbeschäftigten Westberliner Wirtschaft lassen sich an der Entwicklung des Brutto-sozialprodukts ablesen. Nach vorläufigen Schätzungen hat die Summe der in West-Berlin im Jahre 1960 insgesamt erzeugten Güter und Dienstleistungen einen Betrag von mehr als 11,9 Mrd. DM erreicht, der Zuwachs gegenüber 1959 betrug 12,5 vH. Allerdings ist durch die auch im laufenden Jahr noch erhebliche Verlagerung der Tabakverarbeitung nach West-Berlin die Summe der im Brutto-sozialprodukt enthaltenen indirekten Steuern wieder überdurchschnittlich — um 27 vH — angestiegen. Das Netto-sozialprodukt zu Faktorkosten — ohne Abschreibungen und indirekte

so hoch, wie es der Kalender auszuweisen scheint!) — und die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr weiter zurückging, erhöhte sich das gesamte Arbeitsvolumen um 1,0 bis 1,5 vH. Dagegen haben Ausweitung und Intensivierung des Anlagevermögens, die Erhöhung der individuellen Leistungen je Arbeitsstunde sowie der bereits erwähnte Struktureffekt eine ungewöhnlich hohe Produktivitätssteigerung ermöglicht, die auf 12 bis 13 vH zu veranschlagen ist.

Bei der Entstehung des Sozialprodukts war die führende Rolle des verarbeitenden Gewerbes wieder stark ausgeprägt. Die anderen an der Entstehung beteiligten Bereiche blieben zum Teil erheblich dahinter zurück, sie erreichten aber dennoch ein durchschnittliches Wachstum von 6 vH. Demgegenüber stieg der Nettoproduktionswert des verarbeitenden Gewerbes um 20 vH.

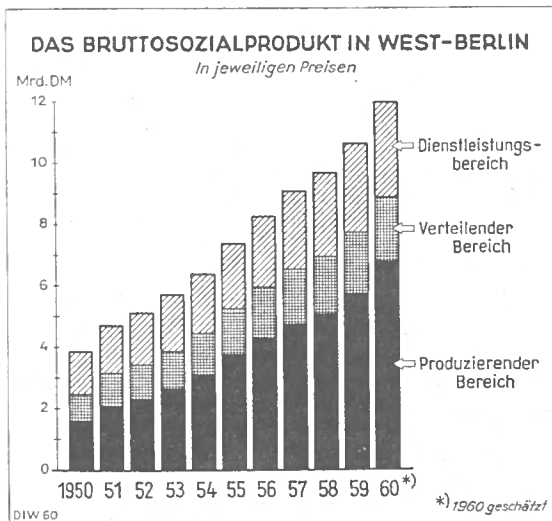
Die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten kam fast ausschließlich der Industrie zugute. Den anderen Bereichen gelang es nicht, Arbeitskräfte in stärkerem Umfang an sich zu ziehen. Vielmehr vollzog sich der Arbeitskräftegewinn der Industrie auf Kosten der übrigen Wirtschaft: In der Industrie waren im Jahresdurchschnitt 16 000 Personen mehr beschäftigt als im vergangenen Jahr, in der Gesamtwirtschaft hingegen hat sich der Beschäftigtenstand lediglich um rund 10 000 Personen erhöht. Dabei ist die Zahl der im Baugewerbe und im Handwerk Beschäftigten weiter zurückgegangen, und auch die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten hat geringfügig abgenommen.

Die weitere Erhöhung der Zahl der Arbeitskräfte gelang trotz ihres geringen Umfangs zum Teil nur durch weitere Erschließung der stillen „inneren“ und „äußeren“ Reserven des Arbeitsmarktes. Die Gesamtzahl der Westberliner Bevölkerung ist nämlich 1960 etwas zurückgegangen. Der Wanderungsgewinn von 8000 Personen in der Zeit von Juni 1959 bis Juni 1960 reichte nicht einmal aus, um den Sterbeüberschuß der gleichen Zeit (15 000 Personen) wettzumachen. Mitte 1960 war deshalb die Einwohnerzahl Berlins um 7000 Personen geringer als Mitte 1959. Die Zahl der sogenannten erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis 65jährige) ging sogar um 11 000 Personen zurück. Zieht man diese Entwicklung in Betracht, so ist die Zunahme an Arbeitskräften bedeutsamer, als der nur geringfügige absolute und prozentuale Zuwachs zunächst vermuten läßt.

In Zukunft wird sich die Knappheit an Arbeitskräften noch stärker bemerkbar machen. Die Lösung der Probleme West-Berlins — Angleichung des Produktions- und Einkommensniveaus an den westdeutschen Stand sowie eine weitere Verminderung des Leistungsbilanzdefizits und der finanziellen Zuschußbedürftigkeit — wird deshalb in noch stärkerem Umfang als bisher von der Erhöhung der Produktivität abhängen.

Die Produktivitätssteigerungen im laufenden und in den vergangenen Jahren waren in West-Berlin recht beträchtlich. Vergleicht man diese Entwicklung jedoch mit der im Bundesgebiet, so zeigt sich, daß trotz regelmäßig höherer Zuwachsraten des Brutto-sozialprodukts in der Vergangenheit die Leistung je Beschäftigten in West-Berlin immer noch hinter dem westdeutschen Stand zurückblieb. Die dort schon seit längerem herrschende Vollbeschäftigung hat zu einer Effizienz je Arbeitskraft geführt, die in West-Berlin vermutlich erst unter dem Zwang zur Rationalisierung durch den beginnenden Arbeitskräftemangel aufgeholt werden kann.

*) Zum Teil ist die höhere Zahl von Werktagen rein fiktiv (mehr Sonnabende), zum Teil führt sie nicht zu Mehrproduktion (vor allem bei Diensten).



Steuern — ist deshalb zur Beurteilung des wirtschaftlichen Wachstums besser geeignet. Die Zuwachsrate betrug hier 10 vH. Die Zigarettenproduktion war auch von Einfluß auf den Preisindex des Sozialprodukts: Der wachsende Anteil an Tabakerzeugnissen, deren Preis — verglichen mit dem Basisjahr 1950 — zurückgegangen ist, ließ bei Preiskonstanz oder nur leichter Preisbewegung der übrigen Güter und Dienstleistungen den Preisindex gegenüber dem Vorjahr zurückgehen. Dem nominalen Anstieg des Brutto-sozialprodukts von 12,5 vH stand damit auf Grund dieses reinen Struktureffekts ein realer Anstieg von 14 vH gegenüber.

Die Erhöhung des realen Sozialprodukts hat sich 1960 noch stärker als in den Vorjahren durch Steigerung der Produktivität vollzogen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im Durchschnitt des ganzen Jahres nur um weniger als 1 vH gestiegen. Da die Zahl der verfügbaren Arbeitstage etwas höher war als 1959 — wenn auch in ihrem Produktionseffekt bei weitem nicht

Starke Expansion in der Industrie

In den ersten drei Vierteljahren haben sich die Bestellungen bei der Westberliner Industrie — gemessen am Index des Auftragseingangs — um 28 vH gegenüber der gleichen Vorjahrszeit erhöht. Während 1959 durch die damals stürmische Aufwärtsentwicklung der Tabakverarbeitung die Verbrauchsgüter dominiert hatten, lag in diesem Jahr das Schwergewicht der Nachfrage bei den Produktionsmittelindustrien. Der Bestelleingang übertraf hier das Ergebnis des Vorjahres um 35 vH. Besonders konzentrierte sich der Zuwachs auf die beiden größten Zweige dieses Bereichs, die Elektrotechnik und den Maschinenbau. Trotz des erheblichen Wachstums der Gütererzeugung überstieg der Nachfrageboom die gleichzeitige Produktionsentwicklung erheblich, so daß sich im Verlauf des Jahres die Auftragsbestände wesentlich erhöht haben. Sie sichern nunmehr — von Kapazitätserweiterungen einmal abgesehen — den hohen Produktions- und Beschäftigtenstand für vier Monate (1959 für drei Monate). Im Produktionsmittelbereich hat das Auftragspolster sogar die Höhe des sechsfachen Monatsumsatzes erreicht.

Im Verlauf des Jahres hat sich auch bei der industriellen Erzeugung die stärkere Wachstumsgeschwindigkeit der Produktionsmittelindustrien durchgesetzt. Im ersten Quartal führten noch die Verbrauchsgüterindustrien, aber im dritten Quartal lagen die Produktionsmittelindustrien an der Spitze. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate übertraf das gesamte Produktionsergebnis den Vorjahrsstand um 15 vH, eine Zuwachsrate, die auch für das ganze Jahr zu veranschlagen ist. Da gleichzeitig die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden in der Industrie um knapp 8 vH zugenommen hat, ist die Produktivität je Stunde um 8 vH gewachsen. Sie blieb damit etwas hinter der

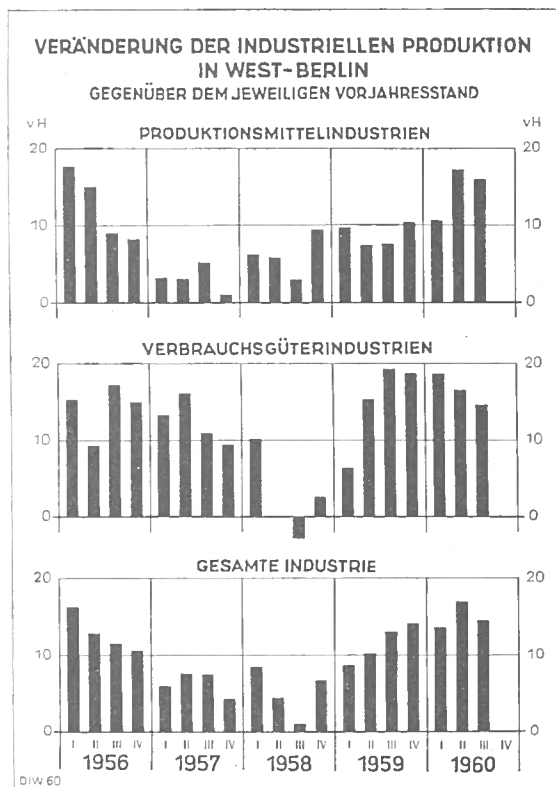
vorjährigen Entwicklung zurück; damals wurde die Produktionssteigerung von 12 vH neben einer nur geringfügigen Erhöhung des Arbeitsvolumens überwiegend durch die Produktivitätszunahme von 10 vH ermöglicht.

Verglichen mit Westdeutschland ist die industrielle Entwicklung in West-Berlin wieder wesentlich rascher verlaufen. Damit konnte der Abstand zwischen dem Produktionsniveau der beiden Gebiete weiter vermindert werden. Zwar zeigt ein „unbereinigter“ Produktionsindex auf der Basis von 1936 (Westdeutschland: 275, West-Berlin: 148) in den ersten neun Monaten dieses Jahres eine gegenüber dem Vorjahr von 117 auf 127 Indexpunkte erhöhte Differenz. Berücksichtigt man jedoch die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung — im Bundesgebiet hat sich die Einwohnerzahl seit 1936 um mehr als ein Drittel vergrößert, in West-Berlin dagegen ging sie um fast ein Fünftel zurück —, so vermindert sich die Unterlegenheit der Westberliner Industrie auf 18 Punkte („bereinigter“ Index: Westdeutschland 201, West-Berlin 183). Der Westberliner Produktionsstand lag damit nur noch um 9 vH unter dem westdeutschen, während der Abstand der gleichen Zeit des Vorjahres noch 13 vH betragen hatte.

Die führende Rolle des Außenhandels

Die bestimmende Komponente für den Aufschwung der Wirtschaftstätigkeit war die Nachfrage der auswärtigen Abnehmer. Die Lieferungen der Westberliner Wirtschaft nach Westdeutschland und dem Ausland haben sich erheblich ausgeweitet, die Güterausfuhr erreichte 1960 einen Wert von fast 8,1 Mrd. DM und lag damit um ein Fünftel höher als 1959. Dabei blieb der Export mit einem Zuwachs von nur 4 vH in seiner Wachstumsgeschwindigkeit hinter dem der Vorjahre zurück, die Lieferungen nach Westdeutschland jedoch übertrafen den Vorjahrsstand um fast ein Viertel. Da 1960 die außergewöhnliche Gütereinfuhr zur Vorratsbildung entfiel, hat sich die Einfuhr nur wenig erhöht; sie erreichte einen Wert von annähernd 8,2 Mrd. DM und übertraf die Güterausfuhr lediglich um 150 Mill. D-Mark. Insgesamt war der Saldo der Warenbilanz sogar geringer als der Saldo der Dienstleistungen. Das Defizit der Leistungsbilanz, das im ersten Halbjahr 214 Mill. DM betragen hatte, wird sich im zweiten Halbjahr auf schätzungsweise 200 Mill. DM belaufen. Damit sind die Außenbeziehungen West-Berlins erstmalig seit Beginn des Wiederaufbaus erheblich unter der Milliardengrenze geblieben. Allerdings war auch hierfür zum großen Teil die Entwicklung der Tabakverarbeitung verantwortlich, die in allen statistischen Reihen über die Wirtschaft Berlins spürbar ist. Durch die weitere Verlagerung der Zigarettenfertigung nach West-Berlin, die Hand in Hand mit einer rückläufigen Entwicklung in Westdeutschland verlief, hat sich im ersten Halbjahr 1960 der Anteil des Berliner Zigarettenumsatzes am Gesamtumsatz des Währungsgebietes bereits auf 28 vH erhöht (1959: 19 vH).

Verglichen mit den Außenbeziehungen hat sich die Nachfrage in West-Berlin selbst weit weniger stark erhöht. Die insgesamt verwendeten Güter und Dienste erreichten einen Wert von schätzungsweise 12,3 Mrd. D-Mark; dies entsprach einer Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr von lediglich 4 vH. Ausschlaggebend für den geringen Anstieg war das in diesem Jahr erheblich geringere Ausmaß der Lagerbildung. Die anderen Verwendungsbereiche haben sich fast gleichmäßig entwickelt. Bemerkenswert dabei war, daß die Anlageinvestitionen mit einer Zuwachsrate von schätzungsweise 8 vH ihre im Vorjahr begonnene Expansion weiter fortgesetzt haben.



Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, vierteljährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand	Einheit †)	1959							1960							
		April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Okt.
Anzahl der Werktage:		26	23	25	27	26	26	27	27	24	25	24	26	27	26	26
Industrie¹⁾																
Auftragseingang (kalendermon.)	1952 = 100	S	225	242	240	241	221	260	266	293	290	317	297	285	308	306
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	230	233	231	260	233	261	250	308	327	299	329	321	349	316
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	220	256	254	213	203	259	292	270	235	345	251	235	249	293
Umsatz	Mill. DM	"	670,3	603,4	612,6	620,5	676,7	795,2	787,9	810,8	734,4	771,6	737,5	715,4	811,6	935,8
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	333,4	312,2	326,5	323,7	328,3	388,5	363,5	389,4	356,4	386,3	385,9	366,9	381,3	460,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	336,9	291,2	286,1	296,8	348,4	406,7	424,4	421,4	378,0	385,3	351,6	348,5	430,3	475,0
Beschäftigung	1000	"	284,7	285,5	287,7	290,8	293,4	295,1	295,8	296,7	299,8	301,2	303,3	306,1	309,9	312,5
Lohn je Arbeiterstunde	DM	"	2,17	2,51	2,37	2,53	2,44	2,30	2,22	2,21	2,41	2,51	2,30	2,83	2,71	2,53
Produktion ²⁾	1936 = 100	"	134	134	130	122	132	147	146	153	155	155	150	138	146	170
dar. Energie	"	"	325	295	303	297	297	325	355	382	348	335	316	314	324	357
Verarbeitende Industrie ³⁾	"	"	130	132	127	118	131	145	142	151	153	154	149	135	145	171
dav. Produktionsmittelind.	"	"	112	117	118	107	111	122	116	130	134	136	138	122	122	148
dar. Steine und Erden	"	"	256	291	259	256	236	257	300	284	280	284	338	286	265	314
Eisen, Stahl, Gießereien	"	"	210	219	238	231	216	213	237	302	282	269	218	256	281	304
NE-Metalle	"	"	49	56	54	59	64	59	63	66	77	77	72	67	67	74
Stahl- und Eisenbau	"	"	121	149	131	136	163	149	157	131	118	128	160	121	124	140
Maschinenbau	"	"	78	91	100	87	82	95	88	104	110	106	106	100	89	117
Fahrzeugbau	"	"	72	87	72	78	69	83	83	93	99	109	110	90	83	
Elektrotechnik	"	"	151	149	150	130	141	159	145	166	170	176	177	155	160	
Feinmechanik u. Optik	"	"	76	66	73	75	62	75	60	77	85	82	89	78	87	
Eisen-, Blech-, Metallw.	"	"	68	65	64	58	58	67	70	79	80	82	77	67	66	
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	166	161	146	139	170	190	192	192	191	189	172	161	191	
dar. Chemie	"	"	228	236	223	203	212	221	227	232	242	252	251	234	231	
Holzverarbeitung	"	"	90	96	95	85	91	113	106	104	99	103	100	89	97	
Papier	"	"	158	146	158	120	137	163	168	180	167	175	163	148	151	
Druck	"	"	52	52	47	44	45	54	53	58	61	57	53	47	48	
Leder und Textil	"	"	138	142	146	111	134	187	202	202	182	180	162	134	137	
Bekleidung	"	"	241	195	129	139	254	295	280	246	237	204	133	145	272	
Nahrungs- u. Genussm.	"	"	232	246	246	246	261	274	289	308	308	326	333	303	320	
Baugewerbe⁴⁾																
Beschäftigte	Anzahl	E	45768	46529	46588	47821	48919	49432	48860	41945	44408	46327	47205	46831	47786	47427
Tagewerke, insgesamt	1000	S	904	879	906	928	936	979	1000	743	866	923	921	882	917	951
dar. Wohnungsbau	"	"	405	401	428	436	448	466	472	321	412	436	444	435	460	465
Index der Bauproduktion ⁵⁾																
einschl. Entrümmung	1936 = 100	"	66	74	70	66	70	73	72	55	75	77	80	71	71	
ausschl.	"	"	64	72	68	65	68	71	71	54	73	76	79	70	70	
Umsatz in DM-West	1000 DM	"	55624	57998	59342	64379	66723	68633	72665	48985	55827	63141	66781	71910	76536	80013
Warenverkehr																
Bezüge aus Westdeutschland ⁶⁾	Mill. DM	S	750,9	709,9	555,0	552,6	546,2	586,4	628,3	631,9	564,6	616,1	565,7	593,0	561,8	657,2
Lieferungen nach	"	"	459,5	420,3	407,0	458,9	470,9	513,7	541,3	577,2	483,0	563,7	542,2	527,4	528,5	615,3
Wert der Ursprungsbescheinig. ⁷⁾	"	"	464,5	418,2	414,0	435,4	474,6	552,3	582,3	562,9	535,5	536,4	508,2	514,7	580,7	622,0
Export	"	"	95,3	94,1	85,8	91,6	87,3	102,3	109,8	107,4	87,9	103,5	91,7	108,7	81,5	108,8
Gütereingang, insgesamt	1000 t	S	967,8	803,0	679,5	629,4	617,3	644,2	688,2	753,5	712,5	774,3	668,7	655,1	619,0	688,9
Eisenbahn	"	"	236,4	204,1	196,0	198,3	170,7	197,4	247,0	190,2	180,4	184,0	168,1	194,4	138,8	176,6
Straße	"	"	306,8	266,2	233,5	252,3	239,2	250,6	289,0	251,6	210,7	245,3	239,8	235,9	235,6	283,3
Binnenschifffahrt	"	"	424,6	332,7	250,0	178,8	207,4	196,2	152,2	311,7	321,4	345,0	258,8	224,8	244,6	229,0
Güterausgang, insgesamt	"	"	136,6	123,5	122,9	130,4	129,6	139,0	154,9	165,4	129,0	157,7	145,7	126,4	138,0	151,7
Eisenbahn	"	"	20,4	20,3	17,4	17,6	20,3	22,3	26,9	22,3	17,5	20,5	19,6	17,1	18,9	
Straße	"	"	82,8	73,2	71,8	81,7	78,8	84,9	91,1	87,6	72,7	94,2	85,8	82,2	86,1	
Binnenschifffahrt	"	"	32,6	29,3	33,1	30,5	29,8	31,2	36,3	54,9	38,2	42,3	34,7	26,5	32,3	
Luftfracht	"	"	0,8	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,6	0,6	0,7	
Arbeitsmarkt																
Erwerbstätige, insgesamt ⁸⁾	1000	E	1034	1039	1042	1046	1049	1054	1052	1034	1043	1046	1049	1054	1059	1061
Selbst- u. mithelf. Fam.-Angeh.	"	"	138	138	138	138	139	138	138	138	138	138	139	138	138	138
Arbeitnehmer ⁹⁾	"	"	896	901	904	908	911	916	914	896	905	908	911	916	921	923
Arbeitslose, insgesamt ¹⁰⁾	"	"	66	61	55	43	39	36	38	41	36	31	28	21	20	
in vH d. Arbeitnehmer	vH	"	7	6	6	5	4	4	4	4	4	3	3	2	2	
Sozialeinkommen																
dar. Renten ¹¹⁾	Mill. DM	S	94,2	96,0	95,8	97,3	95,9	95,5	96,8	95,7	100,2	100,1	100,0	100,4	101,3	102,3
Alu und Alfu	"	"	11,2	9,2	9,4	7,9	6,3	5,8	6,1	10,6	6,3	6,3	5,5	4,9	3,9	
Lebenshaltungskosten																
dar. Ernährung	1950 = 100	D	117,6	117,8	118,0	119,7	119,6	119,6	120,7	120,4	121,3	121,7	121,7	122,4	123,2	123,1
Hausrat	"	"	123,3	124,0	124,5	128,1	127,7	127,6	129,8	127,0	128,6	129,7	129,7	131,3	128,2	127,9
Bekleidung	"	"	111,4	111,4	111,3	111,3	111,3	111,4	111,4	111,8	112,0	112,0	112,0	112,3	112,6	113,3
West-Berlin in vH der BRD	BRD = 100	"	106,9	107,2	106,6	107,1	107,1	107,1	106,1	106,1	107,0	106,9	107,2	107,2	108,0	108,3
von Hamburg	Hbg. = 100	"	98,4	98,7	98,7	98,4	98,2	97,9	97,4	97,2	97,7	97,7	98,0	97,5	98,7	
Wechselkurse ¹²⁾	DM-Ost	D	3,55	3,64	3,66	3,61	3,80	3,93	3,98	4,05	4,09	4,32	4,64	4,66	4,55	4,60
Finanzen																
Einnahmen aus Steuern ¹³⁾	Mill. DM	S	184,7	217,8	234,1	182,6	236,9	254,2	205,9	265,2	244,5	280,9	279,9	238,5	297,9	291,8
dar. Umsatzsteuer	"	"	41,9	38,2	37,8	40,5	40,2	38,0	43,4	34,7	44,1	42,6	42,1	42,4	42,9	
Lohnsteuer	"	"	17,0	18,5	19,3	20,6	21,2	21,5	24,1	19,2	21,9	20,7	21,7	28,0	28,5	
Einkommensteuer	"	"	8,5	6,9	43,9	10,3	8,3	49,1	10,2	49,8	9,6	10,4	55,3	15,4	9,7	
Körperschaftsteuer	"	"	4,9	4,1	37,5	1,2	1,3	33,4	-0,2	33,4	-2,4	2,3	87,8	5,7	2,1	
Handelsumsätze																
Großhandel, insgesamt	1954 = 100	D	150	136	141	145	140	153	169	159	148					

